

Fragen

für die Fragestunde der 214. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 3. März 2021

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)6	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)37, 49
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)63, 69	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 21
Brandner, Stephan (AfD) 1, 16	Konrad, Carina (FDP)9, 10
Busen, Karlheinz (FDP) 2, 3	Kraft, Rainer, Dr. (AfD) 30
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)50, 51	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 29
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)18, 60	Luksic, Oliver (FDP)23, 41
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	.. 7, 8	Müller, Claudia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)56, 57
Friesen, Anton, Dr. (AfD)34, 40	Peterka, Tobias Matthias (AfD)14, 15
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)25, 26	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)42, 67
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)27, 53	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	...13, 66
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)31, 32	Renner, Martina (DIE LINKE.)64, 65
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)19, 58	Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 62
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.) 61	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 47
Herbrand, Markus (FDP) 17	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)28, 38
Herbst, Torsten (FDP)36, 54	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.) 24
Hocker, Gero Clemens, Dr. (FDP)11, 12	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 33
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP) 4, 5	Theurer, Michael (FDP)39, 59
Hohmann, Martin (AfD) 20	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)35, 52
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)45, 46		
Huber, Johannes (AfD)22, 55		
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)48, 68		
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)43, 44		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	10
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	20

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Forderungen, die von den Landwirten im Rahmen der im Berliner Regierungsviertel abgehaltenen Bauernproteste geäußert wurden (www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-berlin-bauernproteste-landwirte-fahren-mit-traktoren-durch-berlin-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210206-99-330573)?
2. Abgeordneter
Karlheinz Busen
(FDP) Wie viele Nutztierrisse wurden im noch laufenden Wolfsmonitoringjahr insgesamt gezählt, und in wie vielen Fällen davon wurden empfohlene Herdenschutzmaßnahmen überwunden?
3. Abgeordneter
Karlheinz Busen
(FDP) Sieht die Bundesregierung mit Blick auf die enormen Waldschäden in Deutschland und die noch großen Mengen Schadh Holz, die noch immer in den Wäldern liegen, politischen Handlungsbedarf, und wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag zum staatlichen Schadh Holzkauf zu Selbstkosten, um Anreize für eine Räumung von Schadhölzern aus den Wäldern zu schaffen (www.topagrar.com/jagd-und-wald/news/fdp-flaechenpraemie-fuer-waldeigentuemmer-ist-einmaliges-helikoptergeld-12390175.html)?
4. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP) Welche Konsequenzen für die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft angekündigte Aufstockung um 15 Mio. Euro für das „Investitionsprogramm Wald“ (www.bmel.de/SharedDocs/Meldungen/DE/Presse/2021/210221-investitionsprogramm-wald.html) zieht die Bundesregierung aus der sehr hohen Nachfrage, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das bislang praktizierte Vergabeverfahren in diesem Programm einen nachhaltigen Effekt für von Schäden betroffene Waldbesitzer darstellt?
5. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP) Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die Auslastung der Landmaschinenhersteller und -händler vor, und inwiefern ist dieses Wissen in die konkrete Ausgestaltung des „Investitionsprogramms Landwirtschaft“ eingeflossen?

6. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Verringerung der CO₂-Speicherfähigkeit (bitte in Mio. Tonnen angeben) des deutschen Waldes als Kohlenstoffsenke rechnet die Bundesregierung nach der Vorlage der aktuellen Waldzustandserhebung (www.bmel.de/DE/themen/wald/wald-in-deutschland/waldzustandserhebung.html) in den nächsten zehn Jahren durch die erheblichen Schäden in den deutschen Wäldern, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die zusätzliche Menge an CO₂-Emissionen, die durch das erhebliche Waldsterben in den letzten Jahren freigesetzt wurde?
7. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass 10 Prozent Baumartenbeimischung in einem Monokultur-Forstbestand ausreichen, um bestmögliche Resilienz von Waldökosystemen gegenüber den Folgen der Klimakrise zu erreichen, wie es die Bundesministerin Julia Klöckner durch den Waldumbau anstrebt (vgl. Zielbeschreibung „hin zu Mischwäldern aus Laub- und Nadelbäumen, um den Wald widerstandsfähiger gegen den Klimawandel zu machen“, aus einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 17. September 2020), und wenn nein, welche Ziele zur Baumartenvielfalt in Mischwäldern, etwa hinsichtlich einer Mindestzahl bzw. Mindestanteilen von Baumarten, strebt die Bundesregierung durch ihre Waldpolitik an?
8. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner bei ihren Aussagen im Rahmen der Bundespressekonferenz am 10. Februar 2021 bezüglich einer möglichen Zulassungsverlängerung für Glyphosat nicht deutlich gemacht, dass es sich dabei um eine persönliche Einschätzung statt einer offiziellen fachlich begründeten Aussage der Bundesregierung handelt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 20, Plenarprotokoll 19/211, S. 26657), und warum wurde meine zweite Teilfrage dieser Mündlichen Frage nicht beantwortet, welche neuen Maßnahmen die Bundesregierung zur Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe beim Umstieg auf glyphosاتفreie Methoden vor dem Hintergrund eines möglichen vollständigen Glyphosatverbotes ab 2024 plant?
9. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Für welche Gewässer plant die Bundesregierung den Mindestabstand von 10 Metern, den Landwirte künftig beim Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln einhalten sollen, und wie begründet sie diesen?

10. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Welche weiteren Ausnahmen plant die Bundesregierung beim Anwendungsverbot von Herbiziden und bestimmten Insektiziden in Flora-Fauna-Habitat-Gebieten (FFH-Gebieten) neben den bereits bestehenden Ausnahmen für den Anbau von Frischgemüse und zur Vermehrung von Saatgut?
11. Abgeordneter
Dr. Gero Clemens Hocker
(FDP)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Auffassung von Landwirten, der Kabinettsbeschluss der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung und die darin festgelegten Pflanzenschutzanwendungsverbote in FFH-Gebieten seien aufgrund von Zusagen aus der Politik bei der Ausweisung der FFH-Gebiete, es werde keine Einschränkung der Bewirtschaftung vorgenommen, ein Vertrauensbruch durch die Politik (www.topagrar.com/acker/news/insektenschutz-nr-w-will-pflanzenschutzanwendungs-vo-im-bundesrat-nicht-zustimmen-12472766.html)?
12. Abgeordneter
Dr. Gero Clemens Hocker
(FDP)
- Führt die Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes durch eine über 1 : 1 hinausgehende Umsetzung der UTP-Richtlinie nach Einschätzung der Bundesregierung zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten, die sich negativ auf die gesamte landwirtschaftliche Wertschöpfungskette in Deutschland auswirken, und wenn ja, inwiefern?
13. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Führen die aktuellen Pläne der EU-Kommission bezüglich der Weideschlachtung (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 19/26784) nach Ansicht der Bundesregierung dazu, dass jede Landwirtin und jeder Landwirt, die bzw. der mobil oder auf der Weide schlachten will, einen eigenen Schlachtbetrieb anmelden muss, und wie setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass die neuen EU-Regelungen die Weide- und mobile Schlachtung für kleine landwirtschaftliche Betriebe tatsächlich einfacher und am Ende nicht sogar bürokratischer und komplizierter machen?

14. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Gedenkt die Bundesregierung, um dem meiner Meinung nach zutreffenden Vorwurf der Intransparenz in Bezug auf Lobbytreffen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, mit Wirkung für die Zukunft und damit unabhängig von derzeit laufenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren, nähere und ggf. von örtlichen Angaben bei etwaigen Sicherheitsbedenken bereinigte, Informationen zu entsprechenden Treffen der Bundesministerin zu veröffentlichen und damit den Bürgern einen Überblick über das Engagement der Bundesregierung in diesem Bereich zu verschaffen (vgl. ZEIT ONLINE vom 5. Februar 2021 <https://zeit.de/zeit-magazin/wochenmarkt/2021-02/foodwatch-klage-julia-kloeckner-rauna-bindewald-transparenz-gesunde-ernaehrung> und bereits vom 2. Februar 2021 <https://zeit.de/wirtschaft/2021-02/julia-kloeckner-foodwatch-agrarministerin-klage-lobbyismus-verbraucher-schutz>, jeweils abgerufen am 25. Februar 2021)?
15. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Durch welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung, nachdem Vertreter der Landwirtschaft erst nach dem Kabinettschluss zum „Insektenschutzpaket“, welches als einseitiges Paket zulasten der Landwirte kritisiert wurde, in die Thematik offiziell mit einbezogen wurden, sich zukünftig dem Vorwurf zu erwehren, man würde die Interessen der Landwirte nicht hinreichend berücksichtigen, und wie steht die Bundesregierung insbesondere in diesem Zusammenhang zu der Idee einer Einsetzung einer Arbeitsgruppe (vgl. Täglicher Anzeiger vom 23. Februar 2021 <https://tah.de/afpnewssingle/bauernverband-beklagt-vorgespraechen-mit-merkel-verbotspolitik-der-bundesregierung>, BWagrar vom 24. Februar 2021 <https://bwagrar.de/Aktuelles/Politik/Kanzlerin-trifft-Agrarverbaende>.QUIEPTY4MTI3NzlmTUIEPTUyNjEz.html, beide abgerufen am 25. Februar 2021)?
16. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Handel die Werbung mit Preisen für weitere Lebensmittel gesetzlich zu untersagen, so wie es von der Bundeslandwirtschaftsministerin bereits in Bezug auf die Werbung für Fleischwaren angekündigt wurde (www.presseportal.de/pm/2790/4813894), und falls ja, für welche Lebensmittel ist dies beabsichtigt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

17. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Auf welche Höhe belaufen sich, aufgeschlüsselt nach den Posten Persönliche Schutzausrüstung, Beatmungsgeräte und andere Verbrauchs- und Versorgungsgüter, die Kosten in Euro, die das Bundesministerium für Gesundheit seit März 2020 bis zum heutigen Stichtag im Wege der Amtshilfe bezahlt hat?
18. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe sind bei welchen Auftragnehmern Annexkosten im Zusammenhang mit der Beschaffung von Persönlicher Schutzausrüstung (z. B. für andere Logistikfirmen, Qualitätstests der Masken etc.) im Jahr 2020 angefallen (bitte die zehn größten Auftragnehmer angeben)?
19. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung Maßnahmen, z. B. über die Abfrage der Berufe von Infizierten bei den Gesundheitsämtern, ergreifen, um zu erfahren, wo Infektionen stattfinden, und wenn nein, weshalb nicht (www.fr.de/panorama/virologe-henrik-streeck-corona-lockerungen-impfung-gesundheitsministerium-berlin-90216778.html)?
20. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, in dem Gremium der Bundeskanzlerin und der Länderchefs darauf hinzuwirken, dass für Schwerkranke medizinisch verordnete Therapien wieder ermöglicht werden, wie etwa Schwimmen für an Multipler Sklerose (MS) Erkrankte?
21. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Nach welchen Kriterien wählt die Bundesregierung das mit einer Dringlichkeitsvergabe zu beauftragende Unternehmen für die Entwicklung eines digitalen Impfnachweises aus (www.aerzteblatt.de/nachrichten/121471/Corona-Digitaler-Impfnachweis-soll-auch-in-Deutschland-kommen), und welche technischen Anforderungen (insbesondere bezüglich Datenschutz und Datensicherheit) werden der Entwicklung zugrunde gelegt?

22. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, dass die Einführung eines Impfpasses bereits beschlossen ist (www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/2238159/digitaler-corona-impfpass-das-sind-die-plaene-der-bundesregierung), und ist die derzeit erst wenig fortgeschrittene Impfquote unter der Bevölkerung ursächlich für die noch nicht beschlossenen Sonderrechte für Geimpfte (vgl. Neue Osnabrücker Zeitung vom 23. Februar 2021 „Digitaler Corona-Impfpass: Sonderrechte für Geimpfte? Das sind die Pläne der Bundesregierung“), wie es vergleichbar in Israel der Fall ist?
23. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wieso werden nach Kenntnis der Bundesregierung keine Corona-Schnelltests für die Ermöglichung des grenzübergreifenden Verkehrs zwischen Deutschland und Frankreich eingesetzt, und wie ist der Verhandlungsstand mit den Nachbarländern Deutschlands diesbezüglich (www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/blickzumnachbarn/nach-frankreich-kommt-man-jetzt-nur-mit-pcr-test_aid-56476905)?
24. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um das Agieren von Finanzinvestoren (Fonds, Private Equity etc.) am deutschen Pflegemarkt, die dort ständig steigende Zuwächse mit zweistelligen Renditen verzeichnen, stärker zu regulieren, nachdem der Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn betonte, er könne sich eine „vernünftige Regulierung vorstellen“, da „zweistellige Renditen für Finanzinvestoren und Kapitalgesellschaften nicht die Idee einer sozialen Pflegeversicherung sind“ (siehe Artikel „Schwester Heuschrecke“ in der Freitag, 25. Februar 2021, S. 6 und 7)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

25. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die 90-prozentige Förderung aus Gemeindeverkehrsfinanzierungsmitteln gemäß dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) auch für Bahnstrecken gewährt, die nur noch im Güterverkehr bedient werden oder keinen planmäßigen Zugverkehr aufweisen und somit für den Eisenbahnverkehr grundsätzlich befahrbar sind, wenn gleich sie nicht für die Anforderungen des Schienenpersonennahverkehrs ausreichen?

26. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch fielen die Steuermindereinnahmen aufgrund der seit dem Jahr 2019 geltenden Mautbefreiung für Erdgas-Lkw bislang aus (bitte nach Jahren aufschlüsseln), und wie viele Erdgas-Lkw mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 7,5 Tonnen und mehr sind derzeit zugelassen?
27. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Ausbau der U-Bahn-Linie 7 in Berlin nach Auffassung der Bundesregierung eine „nationale Aufgabe“, die endlich angegangen werden müsste, so wie von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Franziska Giffey formuliert (www.tagesspiegel.de/berlin/vorsicht-tueren-schliessen-gruene-und-linke-skeptisch-bei-plaenen-zum-u-bahn-ausbau-in-berlin/26925792.html), und inwiefern ist es unter diesen Voraussetzungen möglich, den Ausbau einer U-Bahn-Strecke in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen?
28. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der kritische Nachholbedarf bei der Eisenbahninfrastruktur in Bayern (vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutsche-bahn-streckennetz-bundesregierung-verkehrspolitik-1.5214486?fbclid=IwAR3I ORELM4FrLnBG5zrvxanvdT21YckE66xET-J637YJvHce6I2zTNm6TvA), und inwiefern kommt es dadurch zu Verzögerungen bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen (beispielsweise bei der Elektrifizierung und Kapazitätserweiterung) in Bayern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

29. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele atomare Brennelemente sind nach Kenntnis der Bundesregierung im letzten Jahr aus Deutschland nach Belgien geliefert worden, und für wie viele Brennelemente wurden für dieses Jahr Genehmigungen für eine Ausfuhr nach Belgien erteilt?
30. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche wissenschaftliche Datengrundlage wurde seitens der Bundesregierung zur Erarbeitung des Insektenschutzpakets herangezogen (www.topagr.com/acker/news/kompromiss-zwischen-bmel-und-bmu-zum-insektenschutz-zeichnet-sich-ab-12473740.html?test=direktbuchung)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

31. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Anträge auf KfW-Studienkredite wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Beginn der Zinsfreistellung im Mai 2020 bewilligt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
32. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
- Erhalten Studierende, die als Soloselbstständige gemeldet sind, nach Kenntnis der Bundesregierung auf Antrag sogenannte Überbrückungshilfen für Studierende in pandemiebedingten Notlagen (bitte erläutern)?
33. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der „RomnoKher-Studie 2021“ zur Situation der Minderheit in Deutschland, nach der Sinti und Roma im deutschen Schul- und Ausbildungssystem extrem benachteiligt sind, und plant die Bundesregierung konkrete Maßnahmen, um den Studienergebnissen zu begegnen (www.dw.com/de/bildungsstudie-sinti-und-roma-immer-noch-benachteiligt/a-56658715)?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des
Bundeskanzleramtes**

34. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie viel hat die Bundesregierung für die Schaltung von Anzeigen im zweiten Halbjahr 2020 ausgegeben (bitte insgesamt nach Ressorts sowie für die Bundesregierung insgesamt nach Monaten aufschlüsseln, inklusive der Agenturhonorare und Kreativekosten; siehe die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 19/21374)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

35. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch werden nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Lohnsteuer diejenigen Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen für die Steuerjahre 2020 und 2021 – insbesondere durch Steuernachzahlungen nach der Abgabe von Steuererklärungen – ausfallen, die dadurch entstehen, dass bezogenes Kurzarbeitergeld aufgrund des Progressionsvorbehalts den Steuersatz auf das übrige Einkommen erhöht, und wie hoch werden nach Kenntnis der Bundesregierung die entsprechenden Steuereinnahmen aufgrund des Bezuges von Arbeitslosengeld ausfallen?
36. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Für welche konkreten Projekte sind die im Konjunkturpaket der Bundesregierung angekündigten 10 Mrd. Euro zum Vorziehen von „geplanten Aufträgen und Investitionen“ bisher abgeflossen, und welche Projekte sollen nach Planung der Bundesregierung darüber hinaus von den bereitgestellten Mitteln profitieren (www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/2020-06-03-eckpunkt Papier.pdf?__blob=publicationFile)?
37. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern können die bislang drei Anträge für einen Schuldenerlass im Rahmen des neuen Rahmenwerks für Umschuldungen unter der G20-Initiative für Schuldenstundungen infolge der Corona-Pandemie (<https://erlassjahr.de/pressemitteilung/g20-finanzministertreffen-rahmenwerk-fuer-entschuldung-muss-nachgebessert-werden/>) nach Ansicht der Bundesregierung zu einer nachhaltigen Schuldenentlastung führen, falls Schulden gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken als auch privaten Gläubigern nicht einbezogen werden, und inwiefern setzt sie sich für eine verbindlichere Einbeziehung dieser beiden Gläubigergruppen im Rahmenwerk ein?

38. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern plant die Bundesregierung, die Besteuerung von Heat-Not-Burn-Produkten und E-Zigaretten unilateral auf nationaler Ebene zu ändern, nachdem die Bundesregierung noch im Januar 2019 aufgrund einer fehlenden harmonisierten Besteuerungsgrundlage von Tabakerhitzern und anderen neuartigen Rauchprodukten von einer Fragmentierung des EU-Binnenmarktes gewarnt und für eine gemeinsame Herangehensweise der EU-Mitgliedstaaten bei der Überarbeitung der EU-Tabaksteuerrichtlinie auf EU-Ebene geworben hat (Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/16325), und inwiefern ist der Vorschlag des Referentenentwurfs aus dem Bundesministerium der Finanzen nach Einschätzung der Bundesregierung mit der EU-Tabaksteuerrichtlinie (2014/64/EU) vereinbar, nikotinhaltige E-Zigaretten-Liquids im Rahmen des Tabaksteuergesetzes zu besteuern, obwohl diese keinen Tabak enthalten?
39. Abgeordneter
Michael Theurer
(FDP)
- Mit welchen Einnahmeausfällen rechnet die Bundesregierung im Jahr 2021 durch den Koalitionsbeschluss zur Ausweitung der Höhe des steuerlichen Verlustrücktrags, und wie viel höher wären die erwarteten Einnahmeausfälle bei einer Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrags auf drei Jahre?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

40. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorgang, dass der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, nach meiner Ansicht offizielle Aufgaben und private Interessen zu vermengen scheint, indem er einerseits offizielle Gespräche mit Vertretern Rumäniens führt, beispielsweise der Arbeitsministerin (www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/AUSB/DE/2020/alexandru-ignat-rum-entschaedigung-september-2020.html), oder offiziell über rentenrechtliche Neuerungen informiert (www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/AUSB/DE/2020/grundrente-spataussiedler-dezember-2020.html), andererseits aber in der „Siebenbürgischen Zeitung“ (Ausgabe vom 15. Februar 2021, S. 28) für seine private Anwaltskanzlei als Experte im Rentenrecht wirbt?
41. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung gemeinsam mit der Republik Frankreich bezüglich der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze im Rahmen der Corona-Pandemie, und bis wann sind diese zunächst befristet (www.faz.net/aktuell/ausland/corona-strengere-kontrolle-n-an-deutsch-franzoesischer-grenze-17215509.html)?
42. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Polizeikräfte aus welchen Bundesländern waren seit Januar 2019 im Rahmen der Mission der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex im Mittelmeer beteiligt (www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/frontex-pushbacks-109.html) (bitte auflisten nach eingesetzten Schiffen, Zeiträumen und Anzahl der Polizeikräfte nach Bundesland)?
43. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Jahr 2020 über die Asylanträge afghanischer Asylsuchender entschieden (bitte zwischen Asylberechtigung, Flüchtlingsanerkennung, subsidiärem Schutz, Abschiebungsverbot, Ablehnung, Ablehnung als offensichtlich unbegründet, Ablehnung als unzulässig, sonstige Erledigung differenzieren), und wie haben die Verwaltungsgerichte im Jahr 2020 über Klagen afghanischer Asylsuchender gegen ablehnende Bescheide des BAMF entschieden (bitte wie in der ersten Teilfrage differenzieren)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

44. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Umstand, dass an der Deutschen Botschaft in Kairo derzeit weder Vaterschaftsanerkennungen noch Sorgeerklärungen möglich sind, was mit dem pandemiebedingt eingeschränkten Betrieb der Auslandsvertretung erklärt wird (<https://kairo.diplo.de/eg-de/service/-/1498588>) und laut Informationen, die Betroffene an mich herangetragen haben, bereits seit März 2020 der Fall ist, vereinbar mit der UN-Kinderrechtskonvention und insbesondere mit dem Recht, seine Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden (www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/un-kinderrechtskonvention), auch vor dem Hintergrund, dass die Abgabe einer Sorgeerklärung in der Regel Voraussetzung für die Familienzusammenführung von unverheirateten Paaren mit gemeinsamem Kind in Deutschland ist, und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung konkret, um dieses Problem zeitnah, möglicherweise auch durch alternative Lösungen wie die Erteilung von Besuchsvisa zur Vornahme der Vaterschaftsanerkennung in Deutschland oder das Hinwirken auf großzügige Ermessensentscheidungen der Ausländerbehörden, zu lösen?
45. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung den Prozess der nachzuholenden Präsidentschaftswahlen in Somalia, die nicht wie geplant am 8. Februar 2021 stattfanden, und welche Auswirkungen haben die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Protestierenden im Zuge der nicht stattgefundenen Wahlen für die deutsch-somalische Zusammenarbeit (www.dw.com/de/blutige-machtprobe-zwischen-regierung-und-opposition-in-somalia/a-56624160)?
46. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern unterstützt die Bundesregierung den Zugang der palästinensischen Bevölkerung zu Impfstoffen, Medikamenten und Schutzausrüstung im Rahmen der Pandemiebekämpfung, und inwiefern macht sie Kritik gegenüber der israelischen Regierung deutlich, die diesen Zugang bislang, nach mir vorliegenden Informationen, einschränkt (Oxfam response to Israel's announcement to ship surplus COVID-19 vaccines to other countries but not Palestine | Oxfam GB)?

47. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung gedenkpolitische Veranstaltungen oder erinnerungspolitische Gesten mit Blick auf den diesjährigen 80. Jahrestag des Überfalls der Wehrmacht auf das damalige Königreich Griechenland und das damalige Königreich Jugoslawien am 6. April 1941, und wenn ja, welche?
48. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Beispiele kann die Bundesregierung nennen, bei denen Individualsanktionen der EU eine „Verhaltensänderung der sanktionierten Personen“ bewirkt haben, wie es die Bundesregierung als Ziel dieser Sanktionen definiert (Plenarprotokoll 19/211, Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 75 der Abgeordneten Heike Hänsel), und welche Sanktionen dieser Art wurden bislang aufgrund des erreichten Ziels wieder aufgehoben?
49. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchem Ergebnis hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei ihrem Gespräch mit dem indischen Premierminister Narendra Modi (<https://m.bundestkanzlerin.de/bkinm-de/aktuelles/bundestkanzlerin-merkel-spricht-mit-dem-indischen-premierminister-narendra-modi-1834606>) die indische Gesetzgebung über die Förderung von NGOs aus dem Ausland respektive den „Foreign Contribution Regulation Act (FCRA), 2010“, den „Foreign Contribution Regulation Amendment Act, 2020“ als auch ihre jeweiligen Ausführungsbestimmungen zur Sprache gebracht, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dieser Gesetzgebung für die deutsch-indische Zusammenarbeit?
50. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass die Menschenrechtsorganisation Amnesty International Alexej Nawalny nicht länger als „gewaltlosen politischen Gefangenen“ wertet, weil er konkrete Äußerungen unter anderem im Rahmen rechtsextremen und monarchistischen Aufmärschen getätigt hätte, die „an der Grenze zur Verteidigung von Hass“ gelegen hätten und „im Widerspruch zur Definition eines politischen Gefangenen“ stehen (www.tagesschau.de/ausland/asien/nawalny-russland-amnesty-international-101.html)?

51. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit setzt sich die Bundesregierung in der EU gegebenenfalls für Strafmaßnahmen gegen die Türkei ein, beispielsweise mit dem Ziel, dass der Europäische Auswärtige Dienst eine Liste mit Personen und Organisationen vorlegt, die mit Einreiseverboten und Vermögenssperren belegt werden können, vor dem Hintergrund, dass in der Türkei bei einem Großeinsatz in 40 Provinzen mehr als 700 Menschen wegen angeblicher Verbindungen zur kurdischen Arbeiterpartei PKK (dpa vom 15. Februar 2021) sowie türkeiweit unter unverhältnismäßiger Gewalt bisher hunderte Menschen im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Aufzwingung eines vom türkischen Präsidenten ernannten Rektors entgegen der akademischen Freiheit und Autonomie von Universitäten in der Türkei festgenommen wurden (dpa vom 18. Februar 2021), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, Militäreinsätze seines Landes auszuweiten, um jenseits der Grenzen einen Sicherheitsbereich zu erschaffen (dpa vom 16. Februar 2021), vor dem Hintergrund, dass die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages bezweifeln, dass die Türkei eine Selbstverteidigungslage geltend machen könne und somit mit ihrem Vorgehen gegen das Gewaltverbot aus Artikel 2 Ziffer 4 der VN-Charta verstößt (WD 2 – 3000 – 057/20, S. 7)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

52. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils die sieben Standorte von Unternehmen in Ostdeutschland und in Sachsen, die seit dem Jahr 1990 die höchsten Summen an Fördermitteln des Bundes erhalten haben und die mittlerweile nicht mehr existieren (bitte jeweils die Gesamtsumme an Fördermitteln pro Unternehmensstandort nennen)?
53. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie plant die Bundesregierung, Anreize für Unternehmen zu schaffen, mittelfristig (wieder) krisenfeste Lieferketten aufzubauen, indem diese ihre gesamte Produktion nach Deutschland bzw. in EU-Länder (zurück-)verlagern, und sind insbesondere für die Fahrrad- und Bahnindustrie die Förderung europäischer Fertigungsorte in Planung?

54. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Anträge auf die sogenannte November- und Dezemberhilfe des Bundes zum Ausgleich der wirtschaftlichen Schäden des neuerlichen Lockdowns wurden bis einschließlich 25. Februar 2021 in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gestellt, und wie viele der beantragten Mittel wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bisher an die Antragsteller, auch als Abschläge, ausgezahlt (bitte jeweils nach Ländern aufschlüsseln)?
55. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Wird die Bundesregierung den krisenbedingten Schaden der Brauereigaststätten und Bäckereien mit angeschlossenen Cafés (www.marktspiegel.de/nuernberg/c-panorama/eiwanger-kritisiert-bundesregierung-vor-brauerei-gipfel_a67982) berücksichtigen und baldmöglichst deren Wiedereröffnung veranlassen – respektive die Bereitstellung finanzieller Hilfsmittel ermöglichen –, um den Erhalt derartiger Unternehmen weiterhin sicherzustellen?
56. Abgeordnete
Claudia Müller
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, wie viele Mischbetriebe aus dem Bereich Lebensmittelhandwerk November- oder Dezemberhilfe erhalten haben, und wie viele Brauereien November- oder Dezemberhilfe erhalten haben?
57. Abgeordnete
Claudia Müller
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf Basis welcher empirischen Erkenntnisse über eine seit dem Jahr 2003 verstärkte Gefährdung durch unsachgemäßen Gerüstbau, z. B. über vermehrt aufgetretene Unfälle an Gerüsten, hat die Bundesregierung die Entscheidung getroffen, im Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften die Aufstellung von Gerüsten einzuschränken, und besteht nach Ansicht der Bundesregierung die Möglichkeit, dass bei deutschlandweit nur 3.519 eingetragenen Gerüstbaubetrieben (Stand: 1. Januar 2020, www.zdh-statistik.de/application/stat_det.php?LID=1&ID=MDQ4MzI=&cID=00821) ein Engpass oder eine deutliche Verteuerung des Gerüstbauangebots entstehen könnte, z. B. wenn regionale Malerei- oder Stuckateurbetriebe für Arbeiten, welche ein Hausbesitzer oder eine Hausbesitzerin selbst ausführt, kein Gerüst mehr aufstellen dürfen?

58. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung über das Vorgehen der Daimler AG trotz Inanspruchnahme staatlicher Unterstützung aus den Sozialkassen für Kurzarbeit, milliardenschwere Dividenden auszuschütten, und was will die Bundesregierung ggf. dagegen unternehmen (www.zeit.de/news/2021-02/18/daimler-legt-zahlen-fuer-2020-vor)?
59. Abgeordneter
Michael Theurer
(FDP)
- Inwiefern plant die Bundesregierung die unterschiedliche Behandlung bei der Inanspruchnahmefähigkeit für November- und Dezemberhilfen zwischen durch von Brauereien selbst betriebenen Gaststätten (Brauereigasthöfe) und beispielsweise Bäckereien, Konditoreien und Metzgereien mit angeschlossenem Café oder Imbiss, welche per se als Gastronomiebetriebe im Sinne des § 1 Absatz 1 des Gaststättengesetzes gelten, zu beseitigen, und plant die Bundesregierung, die verderbliche Ware Fassbier äquivalent zu den Wertverlusten unverkäuflicher Saisonware bis zu 100 Prozent als erstattungsfähige Fixkosten im Rahmen der Überbrückungshilfe III zu berücksichtigen?
60. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe hat die Bundesregierung bis dato Aufträge an die Firma Init vergeben (Corona-Hilfsgelder: Wo bleiben die Hilfen? | ZEIT ONLINE)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

61. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie viele Marken und sonstige Kennzeichen sind im Sinne des § 137 des Markengesetzes in Deutschland geschützt, und was sind die Gründe dafür, dass die Bundesregierung noch immer nicht die Uhren aus Glashütte nach § 137 des Markengesetzes schützt, obwohl der Bundesrat bereits im September 2019 einstimmig einen entsprechenden Verordnungsentwurf beschlossen hat (siehe auch „Das Glashütte-Patt“ im Handelsblatt vom 23. Februar 2021)?

62. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung angesichts des Ausschlusses der Nebenklage im Strafbefehlsverfahren Reformbedarf, insbesondere, wenn bei schweren Körperverletzungen und Tötungsdelikten Opfer und ihre Angehörigen wegen der Schwere der Tatfolgen ein berechtigtes und besonders schutzwürdiges Interesse an der Beteiligung als Nebenkläger haben, die Belange der Nebenklage bei der Entscheidung über einen Wechsel ins Strafbefehlsverfahren als Entscheidungskriterium zu stärken, ein Anhörungs- oder Zustimmungserfordernis für die Nebenklage für den Wechsel ins Strafbefehlsverfahren zu verankern oder die Nebenklage auch im Strafbefehlsverfahren zu ermöglichen, und wenn nein, warum nicht?
63. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur nach meiner Ansicht versuchten Einschränkung der Pressefreiheit hierzulande ein, weil der Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn (siehe dazu Tagesspiegel vom 24. Februar 2021, www.tagesspiegel.de/politik/wegen-recherchen-zu-Immobilien-geschaeften-spahn-laesst-offenbar-Journalisten-ausforschen/26945128.html) durch anwaltliche Forderungsschreiben seit Monaten ein Berliner Amtsgericht kontaktieren lässt, ihm Namen und Schreiben bestimmter Pressevertreter an das Gericht herauszugeben, nur weil diese in Ausübung ihres Berufs auch Grundbuchdaten über den Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn erfragen, und wie verträgt sich nach Auffassung der Bundesregierung diese Handlung (siehe dazu Tagesspiegel a. a. O.) des Bundesministers für Gesundheit Jens Spahn mit dem gegenteiligen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 28. August 2000 zum Grundbuch-Einsichtsrecht von Journalisten (Az.: 1 BvR 1307/91: „Ginge sie [die Presse] dem Verdacht eines missbilligten Verhaltens nach und müsste das Grundbuchamt den Adressaten des Verdachts von ihren Recherchen informieren, könnte der Rechercheerfolg nachhaltig gefährdet werden. Denn dann könne der Adressat ihrer Nachforschungen ‚Gegenmaßnahmen‘ ergreifen“)?
64. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Akten wurden der Bundesanwaltschaft im Zuge der Ermittlungen gegen Franco A. vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt (bitte nach Art der Akten aufschlüsseln)?
65. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Akten wurden der Bundesanwaltschaft im Zuge der Ermittlungen gegen Franco A. vom Bayerischen Landeskriminalamt übermittelt (bitte nach Art der Akten aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

66. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen wirkt die Bundesregierung darauf hin, dass Projekte zur Umsetzung der EU-Roma-Strategie gezielt durch Mittel aus dem ESF+-Förderprogramm 2021-2027 gefördert werden, und inwiefern werden diese Maßnahmen in der Partnerschaftsvereinbarung zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission für die Umsetzung der EU-Fonds 2021-2027, wie sie auch der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma in seiner Stellungnahme „Empfehlungen für die Partnerschaftsvereinbarung zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission für die Umsetzung der EU-Fonds 2021-2027“ vom Dezember 2020 fordert, Einfluss finden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

67. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind die bisher entstandenen Kosten im Zusammenhang mit dem geplanten Militärflugplatz für das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr und US-amerikanische Spezialkräfte in Haiterbach (www.neckar-chronik.de/Nachrichten/Absetzgelaende-nicht-vom-Tisch-467230.html), und wie hoch veranschlagt das Bundesministerium der Verteidigung die Gesamtkosten des Projekts?
68. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welchen neuen Stand kann die Bundesregierung zu den Auswirkungen der Insolvenz der Firma EMT Ingenieurgesellschaft Dipl.-Ing. Hartmut Euer mbH auf die Serienproduktion und anschließende Auslieferung der Drohnensysteme LUNA NG für die Bundeswehr geben, wozu es zuletzt hieß, dass die bestehenden Verträge grundsätzlich erhalten bleiben, es aber bei der Serienproduktion vermutlich „zu weiteren Verzögerungen kommt“ (Plenarprotokoll 19/201, Antwort auf meine Mündliche Frage 54), und inwiefern bereitet sich die Bundeswehr bereits auf einen kompletten Ausfall des neuen Systems vor?

69. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der sogenannten Amnestie-Boxen des KSK der Bundeswehr ab Frühjahr 2020 (beispielsweise über Veranlasser und Zeiträume ihrer Aufstellung, Mengen darin anonym abgelieferter Munition und Waffenteile, gefertigte beziehungsweise unterbliebene Meldungen über Mehrablieferungen gegenüber den Fehllisten sowie über deren nötige Nachprüfungen) (siehe zum Beispiel: www.behoerden-spiegel.de/2021/02/22/weitere-vorwuerfe-gegen-das-ksk/), und wird die Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer nun das KSK insgesamt auflösen, weil der Verband – meines Erachtens – durch diese (laut SPON 19. Februar 2021: www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-elitesoldaten-neue-vorwuerfe-gegen-ksk-kommandeur-kreitmayr-a-fa9e9b0b-3ef1-461f-878e-9d4292c5d01b) „Vertuschung“ klar die Bewährungsvorgaben der Bundesministerin der Verteidigung vom Sommer 2020 verletzte, die besagten, dass das KSK mit „eisernem Besen“ ausgemistet werden müsse (www.tagesschau.de/Inland/ksk-ffaere-wehrbeaufrage-101.html)?

